Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 159 (1993)

Heft: 1

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Österreich

Beteiligung an kollektivem Sicherheitssystem in Europa

«Die Sicherheit Österreichs und seiner Bürger ist ein zentrales Anliegen der Bundesregierung und des Nationalrates.» Mit diesem Satz beginnt ein Entschliessungsantrag der Parlamentarier von SPÖ und ÖVP, der am 12. November in Wien mit Mehrheit angenommen wurde. Er legt damit Österreich auf ein volles Mitmachen an einem System der kollektiven Sicherheit im Rahmen der künftigen Europäischen Union der EG fest.

Der Nationalrat begrüsste auch die in einem Aide Memoire ausgedrückte Haltung der Bundesregierung, sich vollinhaltlich mit den Zielsetzungen der gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union zu identifizieren. Österreich will sich demnach an dieser Politik und ihrer dynamischen Weiterentwicklung aktiv und solidarisch mitbeteiligen. Dieses Aide Memoire ging nach Brüssel.

Ferner hat sich der Nationalrat ausdrücklich zu der im Vertrag von Maastricht festgehaltenen gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik der EG sowie zu deren Zielen bekannt.

Darüber hinaus hat die österreichische Volksvertretung die Bundesregierung aufgefordert, die Teilnahme an der Entwicklung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa sicherzustellen. Man geht davon aus, dass diese europäische Friedens- und Sicherheitsorganisation eine regionale Abmachung im Sinne des Kapitels VIII der UNO-Satzung darstellen werde.

Besonders interessant erscheint bei dieser Entschliessung die Tatsache, dass die Neutralität mit keinem Wort erwähnt wird, womit zweifelsfrei die Weichen für ein Ende der Neutralität gestellt sind.

Seit kurzem hat Österreich einen formellen Beobachterstatus bei der Westeuropäischen Union (WEU) erhalten. Diese Organisation soll nach den Beschlüssen von Maastricht das militärisch-sicherheitspolitische Element der EG sein. Mehr als die Entsendung parlamentarischer Beobachter ist für Österreich derzeit nicht möglich, denn nur EG-Mitglieder können der WEU als Vollmitglied beitreten. Ein Beobachterstatus bringt für Österreich noch keine Verpflichtungen, sondern bedeutet nur eine Institutionalisierung der Kontakte. Der Generalsekretär der WEU, Willem van Ekelen, erklärte dazu jüngst in einem Vortrag in Wien, die Vereinigung sei bereit, Österreich, Schweiz, Schweden und Finnland in ihre Arbeit einzubinden. Mit der zu erwartenden Aufnahme Österreichs in die EG dürfte sich dann schliesslich eine endgültige Lösung mit einem Vollbeitritt abzeichnen.

TPM

Keine österreichischen UNO-Truppen nach Somalia

Nach wochenlangem Zögern entschied Bundeskanzler Vranitzky am 14. Oktober, dem Ersuchen der Vereinten Nationen, 750 österreichische Soldaten für einen UNO-Einsatz nach Somalia zu entsenden, eine Absage zu erteilen. Als Begründung nannte Vranitzky «die unsichere militärische Lage in Somalia» und das «nicht abschätzbare Risiko für die österreichischen Soldaten». Zudem sei es fraglich, ob das Heer die von der UNO gestellte Aufgabe tatsächlich hätte erfüllen können, meinte der Regierungschef. Dieser Begründung wurde allerdings von anderen Regierungsmitgliedern entschieden widersprochen.

Die Vorgeschichte

Bereits im September hatte die UNO an Österreich sowie gleichzeitig an andere Staaten (Ägypten, Belgien, Kanada usw.) das Ersuchen gestellt, ein mechanisiertes Bataillon (nebst Pionier- und Sanitätseinheiten) nach Somalia zu entsenden. Vorgesehen ist, dass gesamthaft 4200 Blauhelme, darunter ein Feldlazarett aus der Schweiz, eine Fernmeldeeinheit aus Deutschland usw. in das von Hunger und Bürgerkrieg geplagte Land eingesetzt werden sollen. Somalia, etwa so gross wie Deutschland und Italien zusammen, mit seinen etwa 7 Millionen Einwohnern hat praktisch aufgehört zu existieren: Anarchie, Chaos, marodierende bewaffnete Banden, fehlende Nahrungsmittel kennzeichnen die Lage.

Mit der Resolution 751 vom 21. April 1992 war ein erstes UN-Bataillon mit 500 Mann nach Mogadischu entsandt worden, um dort die Verteilung der eintreffenden Hilfsgüter zu organisieren und zu schützen. Im vergangenen August beschloss die UNO mit der Resolution 775, die UNOSOM-Truppen um 3500 Mann aufzustocken. Die Österreicher, so war vorgesehen, hätten in der nordsomalischen Hafenstadt Bergera und in der Region Hageisa zum Einsatz gelangen sollen.

Die Entscheidung traf der Kanzler

Die Entsendung österreichischer Blauhelme nach Somalia scheiterte letztlich am Widerstand des Bundeskanzlers und Vorsitzenden der SPÖ, Franz Vranitzky. Wirklich überzeugend konnte aber das Nein auf die Somalia-Bitte der UNO nicht begründet werden. Ausrüstungsdefizite des Heeres (mit Radschützenpanzern, die seit geraumer Zeit verlangt worden sind, usw.) hätten sich in relativ kurzer Zeit beheben lassen. Personelle Engpässe beim Heer hätte es kaum ernsthaft gegeben, denn die Zahl der Freiwilligen-Meldungen überstieg die Zahl der Benötigten. Ausserdem hätte man fehlendes Personal beim «Grenzschutz-Dienst» an der Grenze zu Ungarn mit Milizsoldaten ausgleichen können. Und die Sicherheit der Soldaten wäre in Somalia nicht mehr gefährdet gewesen als bei früheren Einsätzen im Sinai, im Kongo, auf Zypern oder auf dem Golan. Überall hat es höchst gefährliche Situationen – auch mit Toten – unter den Soldaten gegeben. Und überall haben sich die Österreicher bestens bewährt.

Von verschiedenen Seiten wird befürchtet, dass dieser negative Entscheid an die UNO für die bisher als vorbildlich eingestufte Sicherheitspolitik Österreichs gewisse negative Folgen haben könnte.

TPM

Deutschland

ERSCHLOSSEN EMDDOK ME

Abrüstungshilfe an Stelle der Verteidigungshilfe

Deutschland will auf Ende 1994 die bisher den ärmeren NATO-Streitkräften zukommende Verteidigungshilfe auslaufen lassen. Die noch bewilligten Mittel für die Jahre 1993/1994 sollen den Empfängerländern so rasch wie möglich zur Verfügung gestellt werden.

Deutschland ist der einzige europäische NATO-Partner, der in beträchtlichem Ausmass seit nahezu 30 Jahren solche Verteidigungshilfe leistet. Die Niederlande haben erst 1988 mit einem wertmässig wesentlich geringeren Programm begonnen.

Deutschland hatte aufgrund einer Empfehlung des NATO-Rates seit 1964 an die Türkei und Griechenland (mit Unterbrechung von 1967 bis 1974) und seit 1978 an Portugal Verteidigungshilfe gewährt. Diese Hilfe umfasste in der Regel zu etwa 80% neues Rüstungsmaterial aus der Produktion deutscher Firmen sowie zu etwa 20% Überschussmaterial aus Beständen der deutschen Bundeswehr. Für die Verteidigungshilfe ist das Auswärtige Amt federführend, das nun im letzten Herbst das letzte Tranchenabkommen über jährlich 134 Mio DM freigegeben hat. Der Abschluss war durch eine seit Frühjahr geltende Liefersperre in die Türkei verzögert worden.

Über die Verwendung der gesprochenen Mittel und die Verteilung auf die einzelnen Länder sind bisher nur pauschale Angaben vorhanden.

Für die Türkei:
- Modernisierung der Panzerhaubitzen M-52 (Heer)
- MEKO-Fregatten und zwei U-Boote (Marine)
- Transportflugzeuge C-160 Transall (Luftwaffe).

Griechenland:
- Finanzierungsanteil für EMES-18, Funkgeräte SEM (Heer)
- Marineprojekte
- Luft-Luft-Lenkwaffen Sidewinder (Luftwaffe).

Portugal:
- Fahrschulfahrzeuge und taktische Radfahrzeuge (Heer)
- Medizinisches Gerät für Marinehospital.

Für 1993 wurden im Haushaltsplan erstmals 10 Mio DM für sogenannte *Abrüstungshilfe* eingesetzt. Diese soll – auf rus-

ERSCHLOSSEN EMDDOK ME

sischen Wunsch hin – für die Beseitigung ehemals sowjetischer Massenvernichtungswaffen eingesetzt werden. Diese Gelder fliessen deutschen Unternehmen zu und sollen mit der Zeit den Verlust deutscher Rüstungslieferungen nach Griechenland, Portugal und der Türkei wettmachen. Für die Beseitigung ehemals sowjetischer Nuklearwaffen hat die russische Seite u.a. die Bundesregierung um Sachleistungen, also Materiallieferungen, vor allem in den Bereichen nukleare Unfallschutzgeräte und Sicherheitsfahrzeuge gebeten. Mit diesen Bundesmitteln und der zusätzlichen Hilfe deutscher Firmen soll hier möglichst rasch geholfen werden. Die russische Seite hat in der letzten Zeit wiederholt deutlich gemacht, dass sie ohne geeignete Geräteausstattung nicht in der Lage sei, den Gesamtprozess der Beseitigung im nötigen Umfang und Tempo in Angriff zu nehmen. In einer ersten Phase soll in Russland an den vier im Aufbau begriffenen Zerlegungsstätten für nukleare Gefechtsköpfe mit dem Bau von dringend notwendigen Unfallschutzzentren begonnen werden. Auch bezüglich Vernichtung der chemischen Waffen werden erste Abklärungen getroffen. Vorerst geht es um die Ausarbeitung von Studien über Vorgehen, Sicherheit und Kosten für eine umweltgerechte Beseitigung dieses Potentials. Die Planungsgrundlagen für die dringend erforderliche Errichtung einer ersten leistungsfähigen Kampfstoff-Vernichtungsanlage sollen vollumfänglich übernommen werden. Gleichzeitig laufen Grossexpertisen in den Bereichen Entsorgung hochtoxischer Abfälle, die von der deutschen Industrie teilweise in Zusammenarbeit mit amerikanischen Forschungsstellen durchgeführt werden. hg

Frankreich verstärkt seine Anstrengungen und Mittel zur Automatisierung der Führung, Übermittlung und strategischen Aufklärung.

Das integrierte automatisierte Übermittlungssystem RITA beinhaltet auch mobile Richtstrahlmittel.

Frankreich

ERSCHLOSSEN EMDDOK
MF 428 / Ø45

Zum Ausbau der strategisch-operativen Aufklärungs- und Führungsmittel

Die französischen Streitkräfte sind daran, ihre Führungs- und Aufklärungsmittel auch für Einsätze ausserhalb des Mutterlandes auszubauen. Mit eingeschlossen sind neue C^3I-Systeme. Die Planungen für ein automatisiertes Führungsinformationssystem gehen in Frankreich auf die siebziger Jahre zurück. Das System SIC (Système Informatique de Commandement) wird dabei durch das integrierte automatisierte Übermittlungssystem RITA (Réseau Intégré de Transmissions Automatique) unterstützt.

Übermittlung über grosse Distanzen

1980 beschlossen die französischen Streitkräfte, das System SYRACUSE einzuführen; SYstème de RAdio Comunication Utilisant un SatellitE. Dazu gehören 30 Stationen für den Einsatz auf Schiffen und auf dem Festland. 1985 wurde dazu der Satellit Telecom 1 ins All gesetzt, der seither ohne nennenswerte Probleme funktioniert. Das Uem Rgt 41 in Senlis (Oise) erhielt 1986 den Auftrag, im Rahmen der Operation Epervier im Tschad eine neue Station in Betrieb zu nehmen. Seither laufen die geschützten Verbindungen aus dem afrikanischen Land zum französischen Hauptquartier über dieses Mittel. Die Entscheidungsträger können abhörsicher zeitverzugslos übermitteln.

Die Leistungen des Satelliten wurden durch die Errichtung eines Landstationennetzes in Frankreich (Lanveoc, Favière, France Sud) und Übersee optimiert: Solche befinden sich in Dakar, Fort de France, Djibouti, La Réunion. Dieser Einsatz bewährte sich im Tschad, in Zentralafrika, im Libanon, in Gabun, an der Elfenbeinküste, in der Türkei, in Jugoslawien. Überall, wo französische Einheiten zum Einsatz gelangt sind. In Jugoslawien werden zum Beispiel monatlich über 3000 Messages übermittelt; basierend auf der leichten Station SYRACUSE von Zagreb, die ununterbrochen mit dem Satelliten Telecom 1 oder 2 verbunden ist und klassifizierte Telefonverbindungen ermöglicht. Da in jenem Land die lokalen Verbindungen schlecht sind, werden sie durch die Inmarsat-Einrichtungen verstärkt. Intern bedienen sich die dort stationierten französischen Kräfte der mittleren Stationen TRCT-1 in Zagreb, Belgrad, Gracac und Sarajewo.

Der Golfkrieg war ein aussagekräftiger Testfall für das SYRACUSE-System. Leider sind die in den Raum gesetzten Komponenten nur sieben Jahre einsatzfähig. Dies führte zum Programm SYRACUSE II, das auch die Leistungen verbessern soll. Es wird an die 100 Stationen aller Typen umfassen, von der sehr leichten tragbaren taktischen bis zur schweren, von der auf den U-Booten bis zur lufttransportierbaren Empfangsstation. Die Kapazitäten des Satelliten werden auch gesteigert: Fünf Verstärker von Telefongesprächen anstelle der bisherigen zwei; Möglichkeit, den Wirkungskreis ab einem mobilen Spot zu fokussieren.

Mobiles automatisiertes Übermittlungssystem RITA

RITA bedeutet soviel wie Réseau Intégré de Transmissions Automatique und steht der Stufe Armeekorps zur Verfügung. In einer viertägigen Übung vom letzten Juni hat das 3. französische AK eine Neuheit eingeführt: Man errichtete damals einen Kommandoposten «Groupement d'Intervention et de Sureté du Corps d'Armee» (GISCA), der über ein helikoptergestütztes Relais angeschlossen wurde.

Um den Verlauf der Operationen zu koordinieren, wurde in Douai ein Centre de Commandement du Réseau (CE CORE) eingerichtet. Unter einem Tarnmantel standen dort vier Shelters auf Lastwagen. Mit seinem Entscheidungsfindungscomputer besteht das CE CORE aus drei Zügen. SIERRA-1 unterstützt Planungen und Vorbereitungen der Landoperationen, es untersteht dem Chef Übermittlung. SIERRA-2 gewährleistet die Durchführung des Manövers in Echtzeit. Es stehen ihm die Operationsbüros zweier Uem Rgt zur Verfügung. Es ist das Nervenzentrum des Systems, von wo aus die Befehle über das CE CORE ergehen, das seinerseits aus 20 Fernmelde-Kno-

tenpunkten besteht, die fortlaufend der Lage angepasst werden.

Der SIERRA-3-Zug befasst sich mit dem Betrieb und der Sicherheit der Verbindungen des ganzen RITA-Systems.

Die Übung hat gezeigt, dass ein Übermittlungsknotenpunkt im Schnitt innert zweier Stunden betriebsbereit ist.

Im weiteren wurde mit einem Puma-Helikopter in unwegsamem Gelände in den Ardennen eine Station abgesetzt, die dem GISCA als Relais diente. Dabei flog der Heli an die 250 km, was zu grossem Zeit- und Effizienzgewinn führte.

Für Reparaturen stand das Mat Rgt 3 von Beauvais mit seinen DIADEME-Lastwagen im Einsatz (Diagnostic Automatique et Dépannage de Matériels Electroniques).

Mittel der elektronischen Kriegführung werden modernisiert

Innert zehn Jahren wurden bei der französischen Armee die EKF-Mittel verdoppelt. Seit 1988 kümmert sich das Uem Rgt 54 um die Nachrichtenbeschaffung auf taktischer Ebene und operiert im VHF-, UHF- und SHF-Bereich. Dabei hört es gegnerische Ausstrahlungen ab, entziffert sie und versucht, gegnerisches Material und Netzstrukturen zu analysieren. Diese Erkenntnisse fliessen in eine Datenbank. Das SGEA (Système de Guerre Electronique de l'Avant) kann bis zu 100 km über die Frontlinie hinausreichen. Dabei wird auch das Ensemble Mobile d'Ecoute et de Recherche Automatique des Emissions (EMERAUDE) eingesetzt, das gegnerische Sender ortet, identifiziert und abhört. Die Nachrichten werden durch das Centre de Direction et d'Exploitation de la Guerre Electronique (CDEGE) ausgewertet und zugunsten der Stäbe interpretiert.

Beim Stören, das die zweitwichtigste Mission des Uem Rgt darstellt, werden elektronische Gegenmassnahmen getroffen. Mit BROMURE-Störsendern können gegnerische Emissionen sowie Flugbahnen von Lenkwaffen und Radars gestört werden auf einer oder mehreren Frequenzen oder sogar auf einem ganzen Band.

Das Uem Rgt 44, das zur Zeit noch in Deutschland stationiert ist und das 1994 nach Mutzig (Bas-Rhin) verlegt wird, kümmert sich um strategische Nachrichtenbeschaffung und besitzt ein CGE (Centre de Guerre Electronique), das seit 1989 ständig im Einsatz ist. Seine Operabilität wird durch Basiszellen sichergestellt (Unité d'Interception Radioélectrique), die bis zu 20 Frequenzen beinahe in Echtzeit gleichzeitig abhören können.

Die Peilung wird heute mit zwei Systemen durchgeführt. Das ältere wird demnächst verschwinden. Das andere befindet sich noch in der Experimentierphase und ist automatisiert. Von einer Leitstelle aus werden die Ortungsbefehle automatisch an die unbemannten Radiogonometriestationen erteilt, die regelmässig über das Gelände verteilt sind. Man kann Dutzende von Ortungen in einer einzigen Sekunde durchführen.

Auf dem Gebiet der Ausrüstung strebt man in unserem Nachbarland die totale Automatisierung an, um ein Maximum an Ausschöpfung zu erreichen. So experimentiert man auch mit einem Breitbandsystem, das permanente und rasche Überwachung des elektromagnetischen Spektrums garantiert und das die neuen Arten der Übermittlung aufdecken und lokalisieren kann: Kurzemissionen, geraffte Emission, Frequenzsprünge. Bt

USA

ERSCHLOSSEN EMBDOK MF 428 Ø47

Zwang zu Kampfwertsteigerungen bei der US-Army

Die zunehmenden Kürzungen im amerikanischen Verteidigungshaushalt machen auch der US-Army zu schaffen. Während noch im Jahre 1985 die jährlichen Ausgaben für Waffenbeschaffungen bei rund 8 Mia. US-Dollar gelegen sind, dürften im Jahre 1995 nur noch knapp 2 Mia. dafür zur Verfügung stehen. So ist es nicht verwunderlich, dass sich das amerikanische Heer zunehmend gezwungen sieht, zurückgestellte Neubeschaffungen durch umfangreiche Kampfwertsteigerungsmassnahmen bei eingeführten Waffensystemen zu überbrücken.

Kampfpanzer M1A2

Nach einer monatelangen Diskussion über die künftige Bedeutung der amerikanischen Panzertruppe und damit verbunden eine Erneuerung und Modernisierung der diesbezüglichen Waffensysteme hat man folgenden Kompromiss gefunden: Die Entwicklung des neuen Kampfpanzers (ASM-Programm) wird hinausgeschoben. In den nächsten 10 Jahren sollen gesamthaft 1079 Panzer M1A2 (eine Weiterentwicklung des M1 Abrams) eingeführt werden. Allerdings sind bis heute erst die Mittel für eine Beschaffung von 287 M1A2 bewilligt worden. Die neue verbesserte Version des Abrams verfügt gegenüber dem noch im Golfkrieg eingesetzten M1A1 über folgende Verbesserungen:

- Unabhängiges Wärmebildgerät für den Panzerkommandanten,
- Positions- und Navigationssystem,
- Fahrzeuginternes Informationsanzeigesystem IVIS (Inter Vehicular Information System),
- Verbesserter Panzerschutz.

Kampfschützenpanzer M2A3 Bradley

Die gesprochenen Budgetkürzungen werden es der US-Army nicht erlauben, gleichzeitig mit der Einführung des M1A2 auch eine Modernisierung ihres Standard-Kampfschützenpanzers vorzunehmen. Zur Zeit stehen im amerikanischen Heer 2300 M2A0 (Grundversion), 1192 M2A1 und 3200 M2A2 im Einsatz. Für die Entwicklungsarbeiten zugunsten des M2A3 sollen erst ab 1995 Gelder zur Verfügung stehen. Somit kann frühestens 1998 mit diesem Produktionsprogramm begonnen werden. Beim neuen Bradley-Schützenpanzer sind im wesentlichen folgende Änderungen vorgesehen:

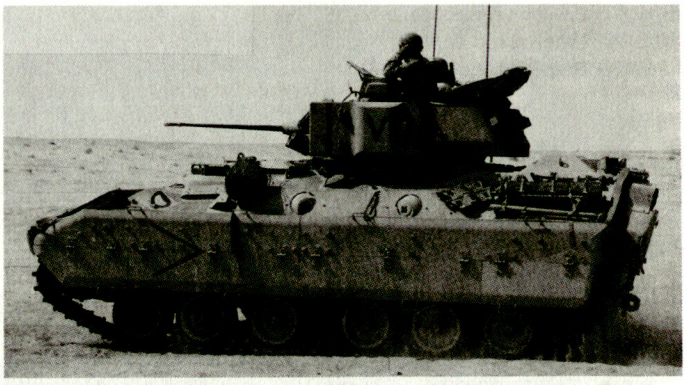
- Neue Funkausrüstung sowie moderne Zielerkennungssensoren,
- Umfassendes Schutzsystem.

Panzerhaubitze M-109A6 Paladin

Gemäss vorliegenden Planungen sollen bis 1997 insgesamt 824 M-109A2 resp. A3 modernisiert werden. Eine erste Tranche von 164 Panzerhaubitzen Paladin ist bis Ende 1992 ausgeliefert worden. Gegenüber den Versionen A2/A3 sind folgende wesentliche Verbesserungen eingetreten:

- Erhöhung der Schussweite auf 24 km (Normalmunition) und auf 30 km (RAP-Munition),
- Integriertes Feuerleitsystem inkl. Ballistikrechner, Fahrzeug-Navigationssystem usw.,
- Schutzverbesserungen,
- Nachtfahrgerät für den Fahrer.

Die Einführung des Mehrfachraketenwerfers MLRS steht bei der US-Army vor dem Abschluss. Seit 1983 sind für die amerikanische Artillerie über 600 MLRS-Waffensysteme eingeführt worden. Als nächste Massnahme zur Kampfwertsteigerung ist die Einführung der Rakete M-77ER (ER = Extended Range) vorgesehen. Die Schussweite wird damit auf 45 km, gegenüber nur 32 km der bisherigen M-77-Munition, erhöht. Allerdings beinhalten die neuen Raketen M-77ER nur noch 511 Bomblets, im Unterschied zu deren 644 bei der alten Rakete. Zusammen mit der neuen Munition wird für den MLRS auch ein neues Meteo-Gerät (primär für Windmessung) eingeführt. Damit kann eine verbesserte Zielgenauigkeit auch über grössere Einsatzdistanzen gewährleistet werden.



In der US-Army stehen heute 3200 Kampfschützenpanzer Bradley der Version M2A2 im Einsatz.

Die gesamte Flotte von 811 Apache-Kampfhelikoptern soll modernisiert werden.

Verzögerungen beim neuen Kampfhelikopterprogramm

Trotz den knappen Finanzmitteln soll die Entwicklung des neusten Kampfhelikopters RAH-66 Comanche weitergeführt werden. Allerdings wird die Systementwicklung nicht wie geplant bereits im nächsten Jahr, sondern erst im Jahre 1997 abgeschlossen sein. Dadurch ist man gezwungen, die gesamte Flotte von 811 AH-64 Apache noch mindestens bis Ende dieses Jahrzehnts im Einsatz zu behalten. Um die Einsatzfähigkeit der in den letzten Jahren stark beanspruchten Apache-Helikopter zu gewährleisten, sind Modernisierungsmassnahmen unerlässlich. Geplant ist bisher eine Kampfwertsteigerung von 227 Systemen zur Version AH-64D. Diese Verbesserung umfasst im wesentlichen den Einbau des Radarsystems Longbow. Dadurch soll die Nachtkampffähigkeit wesentlich verbessert und der Einsatz auch bei Schlechtwetter ermöglicht werden. Das Longbow-Radar ermöglicht auch einen leistungsfähigeren Einsatz der neuen lasergelenkten Flugkörper Hellfire.

Die restlichen rund 600 Apache-Helikopter sollen mit wesentlich weniger Aufwand zur Version AH-64C modifiziert werden. hg

Restrukturierungen bei der US Air Force

Desert Storm und die knappen Finanzen haben dazu geführt, dass die US Air Force (USAF) vier neue Kommandi gebildet hat:

– das **Air Mobility Command (AMC),** das alle Transportflugzeuge des ehemaligen Military Airlift Command betreibt sowie den grösseren Teil der Versorgungsflugzeuge des ehemaligen Strategic Air Command,

– das **Air Combat Command (ACC),** dem die Jäger und Unterstützungsflugzeuge des ehemaligen Tactical Air Command sowie die Bomber des einstigen Strategic Air Command, die ballistischen Interkontinentalraketen sowie andere Systeme unterstellt sind,

– das **Air Force Materiel Command (AFMC),** das seit dem 1.7.92 die früheren Bereiche «Systems und Logistics» umfasst. Es kümmert sich um Forschung, Entwicklung und Beschaffung der Systeme der USAF sowie um deren Unterhalt,

– das **Strategic Command (STRATCOM)** verwaltet die strategischen Nuklearwaffen aller amerikanischen Streitkräfte.

Es handelt sich hier um die grundlegendste Änderung der amerikanischen Luftwaffe seit 1947, als diese vom Heer unabhängig wurde.

In der gegenwärtigen Form unterstützt das Air Combat Command die fünf vereinigten Regionalkommandi Süd, Pazifik, Atlantik, Europa und Zentrum, was im Kriegsfall zwei Koordinationsstellen weniger bedeutet.

Daneben gibt es noch drei vereinigte Kommandi: die Spezialoperationen, Transporte und Weltraum.

Der Kommandant des ACC erklärte kürzlich, dass seine Kommandostelle sich enger an die Landstreitkräfte, an die Marine und an das Marine Corps anlehnen werde. Für den Chef der vereinigten Generalstäbe ist die aktive Teilnahme aller Teilstreitkräfte an gemeinsamen Planungen und an gemeinsamen Operationen sehr wichtig. Bt

ERSCHLOSSEN EMDDOK
MF 428/048

China

Pläne für weitere militärische Aufrüstung

Tendenzen zeigen, dass die Volksrepublik China ihre Massenarmee in ein modernes und schlagkräftiges Verteidigungsinstrument umwandeln möchte. Besonders deutlich zeigt sich dies bei der Reorganisation seiner Luftstreitkräfte. Zurzeit verhandelt China mit dem russischen Konstruktionsbüro Mikojan über den Lizenzbau des strategischen Abfangjägers MiG-31. Dabei würden 24 Exemplare unter russischer Aufsicht, die restlichen 48 in einem modernisierten Flugzeugwerk in der Provinz Guizhou montiert. 1500 unbeschäftigte Flugzeugkonstrukteure aus Russland sollen dabei China die nötige technische Unterstützung gewähren. Zusätzlich möchte die chinesische Volksrepublik Il-76-Transportflugzeuge für die Luftbetankung sowie eine modifizierte Il-76-Version für die Frühwarnradaraufklärung (NATO-Bezeichnung Mainstay) beschaffen. Ein modernes und mobiles Boden-Luft-Lenkwaffensystem sowie ein luftgestützter Marschflugkörper sollen dieses Rüstungsprogramm vervollständigen. Parallel dazu werden neue Luftwaffenbasen auf den Paracel- und Spratly-Inselgruppen angelegt, dies vor allem auf der Woody-Insel, die sich nur 660 km vor der vietnamesischen Ostküste befindet. Gemäss den Aussagen von Asienkennern ist dies nur der Anfang eines langfristig konzipierten Aufrüstungsplanes, der sich über eine Dauer von etwa 10 Jahren erstrecken soll.

China profitiert gegenwärtig von den Billigangeboten der ehemaligen sowjetischen Rüstungsindustrie, deren Absatz heute arg ins Stocken geraten ist. Dabei werde auf eine rasche Erledigung der Geschäfte gedrängt, da man fürchtet, amerikanischer Druck auf Russland und die Ukraine könnten diese Aufrüstungspläne vereiteln. Die Gründe, warum die Volksrepublik China sich gerade für die MiG-31 interessiert, wird in den grossen Abmessungen dieses Flugzeugtyps gesehen. Diese gewähren nämlich eine enorme Treibstoffzuladung und damit eine entsprechende Reichweite mit der Möglichkeit der Luftbetankung. Ein weiterer Grund ist das leistungsfähige Bordradar Flash Dance, das selbst bei stark angewinkeltem Radarschirm ein Gebiet von bis zu 1000 km Ausdehnung überwachen kann. China möchte die MiG-31 nämlich nicht als Abfangjäger, sondern mehr als AWACS-Flugzeug einsetzen, wie dies die russische Luftwaffe bereits erfolgreich erprobt hat. Gemäss einer Analyse, die ein Radarspezialist des amerikanischen Elektronikkonzerns Hughes erstellt hat, können vier untereinander vernetzte Flash-Dance-Radars durchaus einen solchen Überwachungsauftrag erfüllen.

Modernisierung ebenfalls im Raketen- und Lenkwaffensektor. Zwar produziert China Raketen und Lenkwaffen in eigener Regie, doch im Bereich von hochsensiblen Technologien ist man immer noch auf fremde Hilfe angewiesen. So hat man aus Russland das mobile Boden-Luft-Lenkwaffensystem S-300 (NATO-Bezeichnung SA-10 Grumble) beschafft. Parallel dazu werden die Marinestreitkräfte mit dem SA-N-6-Luftabwehr-Lenkwaffensystem ausgerüstet, was den seegestützten Luftabwehrschirm bis auf 100 km ausdehnen wird. Bis dahin war allgemein bekannt, dass die chinesischen Kriegsschiffe über kein modernes Luftabwehrsystem verfügen und darum vor Luftangriffen notorisch ungeschützt waren. Daneben wird China bald Flugversuche mit einem ferngelenkten Marschflugkörper aufnehmen, der für den Einsatz ab Flugzeugen gedacht ist. Im Vergleich zur amerikanischen Tomahawk soll das Gebilde jedoch über weit grössere Abmessungen verfügen und darum vor allem von Mittelstreckenbombern B-6 zum Einsatz kommen. Die B-6 ist die chinesische Kopie der sowjetischen Tu-16 und wird dort vor allem für maritime Patrouillenflüge verwendet.

Russischerseits ist man für die Deviseneinnahmen froh, andererseits möchte man militärisch diese Region nicht destabilisieren. Man habe diese Waffensysteme darum allen Anrainerstaaten angeboten und zugänglich gemacht. Dies ist die offizielle Version gegenüber einem offiziellen militärischen Beschaffungsvorhaben. Doch in China soll es noch andere Pläne geben, die das vorhandene Kräftegleichgewicht im pazifischen Raum gewaltig verschieben könnten. Nach unbestätigten Meldungen soll sich China auch für den Kauf von strategischen Bombern Tu-22 sowie Interkontinentalraketen SS-18 und SS-25 interessieren.

RCB ■